

Neuer Babyboom verschärft den Lehrermangel

Vermehrt sollen Quereinsteiger angelockt werden – doch Fachleute sehen in den Lohnunterschieden das Problem

DANIEL GERNY, ERICH ASCHWANDEN

Über 500 offene Stellen sind diese Woche schweizweit auf Job-Portalen alleine für die Primarstufe ausgeschrieben. Ob in Basel, Bern oder St. Gallen, fast im ganzen Land herrscht akuter Lehrermangel. Im ganzen Land? Ein Fleckchen in der Schweiz hat kaum Sorgen – der Kanton Zug: «Unsere Arbeitsbedingungen sind überdurchschnittlich gut», erklärt sich der Zuger Bildungsdirektor Stephan Schleiss (SVP) die entspannte Lage in seinem Kanton.

Was Schleiss als gute Arbeitsbedingungen bezeichnet, lässt sich in Franken und Rappen ausdrücken: Eine Lehrperson auf Primarstufe verdient im Kanton Zug im ersten Jahr 78 191 Franken. Das geht aus den Lohnerhebungsdaten der Deutschschweizer Bildungsdirektoren-Konferenzen hervor. Im Kanton Bern, wo der Lehrermangel besonders ausgeprägt ist, ist schon der Einstiegslohn tiefer, auch wenn es nur um gut tausend Franken pro Jahr geht.

Lohnharmonisierung gefordert

Doch je länger eine Lehrerin oder ein Lehrer im Job bleibt, desto mehr öffnet sich die Schere. Im 11. Berufsjahr beträgt die Differenz zwischen Bern und Zug bereits über 13 000 Franken – die Zuger Steuervorteile noch nicht eingerechnet. Zwischen anderen Kantonen ist die Kluft teilweise sogar noch grösser: Im Kanton Graubünden kann ein Primarlehrer im allerbesten Fall 110 880 Franken verdienen, während es in Zürich über 143 000 Franken sind.

Für Thomas Minder, Präsident des Verbandes der Schulleiterinnen und Schulleiter, sind die krassen Unterschiede eine der Hauptursachen dafür, dass gewisse Kantone nicht mehr genügend Lehrerinnen und Lehrer finden: «In Kantonen, in denen die Löhne tief sind, fehlt den Schulen schon seit längerem das Personal – dieser Zusammenhang ist eindeutig», sagt Minder. Vor allem dort, wo Kantone mit ähnlichen Lebenshaltungskosten, aber unterschiedlichem Lohngefüge unmittelbar aneinander grenzen, akzentuieren sich die Probleme. Bern und Solothurn sind ein Beispiel dafür.

Solange sich das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt einigermassen im Gleichgewicht befand, störten solche Differenzen kaum. Doch weil sich derzeit mehrere ungünstige Entwicklungen überlagern, spitzt sich die Lage zu. In einzelnen Kantonen sind Hunderte von offenen Lehrerstellen auf allen Stufen ausgeschrieben. Um dem gegenseitigen Abwerben zwischen den Kantonen entgegenzuwirken, sei deshalb eine Angleichung der Löhne notwendig, fordert Minder.

Immer mehr Schüler und Lehrer

Eine der Ursachen für den grösser werdenden Mangel ist das Alter der geburtenstarken Nachkriegs-Jahrgänge. Viele ältere Lehrpersonen wurden und werden derzeit pensioniert. Laut Bundesamt für Statistik scheint der Höhepunkt dieser demografisch bedingten Rücktrittswelle zwar vor einigen Jahren überschritten worden zu sein. Doch auch in den kommenden Jahren werden schweizweit jedes Jahr gegen tausend Lehrerinnen und Lehrer mehr pensioniert, als dies vor zehn oder zwölf Jahren der Fall war.

Gleichzeitig nimmt die Zahl der Schülerinnen und Schüler deutlich zu. Bis 2003 ging die Geburtenrate stetig zurück, danach kehrte der Trend: Während es 2008 in der Schweiz nur gut 141 000 Kinder im Primarschulalter gab, waren es zehn Jahre später bereits über 172 000. Auch dieser Trend



2021 sind so viele Kinder auf die Welt gekommen wie seit 1972 nicht mehr. Für die Schulen bedeutet dies: Sie müssen sich auf eine neue Babyboomer-Generation einstellen.

DOMINIC STEINMANN / NZZ

hält praktisch unvermindert an: So sind 2021 so viele Kinder auf die Welt gekommen wie seit 1972 nicht mehr. Für die Schulen bedeutet dies: Sie müssen sich auf eine neue Babyboomer-Generation einstellen.

Es ist allerdings nicht so, dass diese wachsende Zahl an Schülerinnen und Schülern schon von einer schwindenden Anzahl Lehrpersonen betreut werden muss. Der Lehrerberuf ist keineswegs in der Krise. In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Studierenden an den Pädagogischen Hochschulen (PH) im ganzen Land sogar kräftig gewachsen. Heute sind etwa doppelt so viele Personen an den PH eingeschrieben wie noch vor 15 Jahren. Auch dies geht aus Zahlen des Bundesamtes für Statistik hervor.

Diese seit vielen Jahren anhaltend hohen Zahlen seien «ein starkes Zeichen für die Attraktivität des Lehrberufs», erklärt Heinz Rhy, Rektor der Pädagogischen Hochschule Zürich und Präsident der Rektorinnen- und Rektorenkonferenz der Schweizer Lehrerbildungsinstitutionen: «Die Entwicklung trägt dazu bei, dem Lehrper-

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler steigt und steigt

Kinder der Primarstufe 1–2: erhobene und erwartete Entwicklung und Bevölkerung im Alter von 5 bis 6 Jahren



sonenmangel entgegenzuwirken.» Die Zunahme der Absolventinnen ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die pädagogischen Hochschulen die Werbung für neue Studentinnen angesichts des sich abzeichnenden Lehrermangels in den letzten Jahren intensiviert haben.

Auch Thomas Minder beobachtet, dass die Ausbildung zum Lehrer und zur Lehrerin keineswegs an Zustrom verliert. Umso mehr kritisiert er Versuche der Politik, dem Lehrermangel mit Schnellschüssen entgegenzuwirken, die den Beruf letztlich wieder unattraktiver machten. So hat die Bildungsdirektion des Kantons Zürich entschieden, dass ab dem Herbst Schulgemeinden auch Personen für den Unterricht anstellen können, die nicht über eine Ausbildung als Lehrerin oder Lehrer verfügen. «In Deutschland und Österreich lässt sich beobachten, dass eine nicht unerhebliche Anzahl Quereinsteiger schnell wieder aus dem Beruf aussteigt», sagt Stephan Huber, Leiter des Instituts für Bildungsmanagement und Bildungsökonomie der PH Zug. Dies, weil sie sich als Lehrpersonen zweiter Klasse fühlten.

Mit solchen Massnahmen werde das Gegenteil dessen erreicht, was eigentlich geplant sei – die Attraktivität des Lehrberufs werde verringert, befürchtet auch Dagmar Rösler. «Wenn Quereinsteiger Schnellbleichen erhalten, Klassenassistenten pädagogische Aufgaben ausführen oder gänzlich unqualifizierte Personen als Lehrerinnen oder Lehrer eingestellt werden, schwächt dies das Ansehen des Berufs und die Qualität des Unterrichts», erklärte die Präsidentin des Lehrerinnen- und Lehrerverbands Schweiz (LCH) diese Woche in den Tamedia-Zeitungen. Einige Kantone, wie etwa der Thurgau, wollen denn auch keine Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger ohne unzureichende Qualifikation anstellen.

Letztlich leiden die Schüler

Auch aus einem anderen Grund warnen Fachleute davor, an der Qualität der Ausbildung zu schrauben: Die zunehmend höher werdenden Anforderungen im Klassenzimmer führten schon heute dazu, dass nur noch ein Viertel aller Lehrpersonen Vollzeit arbeiteten. Zu diesem Resultat kam 2019 eine Umfrage

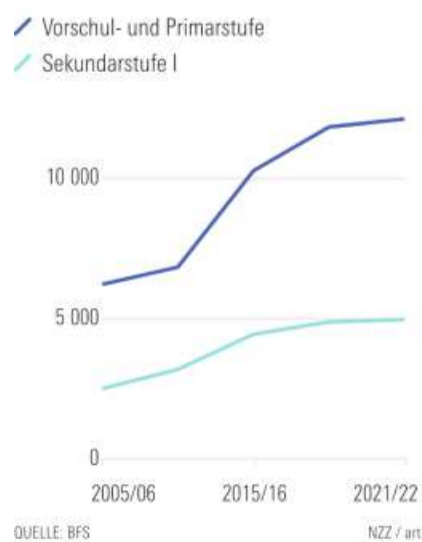
unter 11 000 Lehrerinnen und Lehrern aus der Deutschschweiz. Die Einführung des integrativen Unterrichts und die Umsetzung des Lehrplans 21 haben diese Tendenz noch verschärft. Die vielen Teilpensen führen nicht unbedingt dazu, dass die Belastung abnimmt. Vielmehr wächst die Zahl der Überstunden durch Tätigkeiten ausserhalb des eigentlichen Unterrichts.

Trotz Boom bei der Ausbildung zum Lehrerberuf wird die Situation deshalb höchstens teilweise entschärft. Darunter leiden die Lehrpersonen – vor allem aber die Schülerinnen und Schüler. «Der gegenwärtige Lehrermangel ist das heisse Eisen der Bildungspolitik», sagt Huber. «Es geht um nichts Geringeres als die Qualität der Bildung der künftigen Generationen.» Mit gutgemeinten Aktionen wie vermehrter Werbung für den Lehrerberuf ist nach Ansicht des Bildungsexperten von der PH Zug nichts gewonnen. Es brauche einen Masterplan und verschiedene, auch aufeinander abgestimmte Massnahmen.

Es bleibe bloss Pflasterlipolitik, wenn die jetzt gewonnenen jungen Lehrerinnen und Lehrer nach wenigen Jahren wieder aus dem Beruf ausstiegen, weil sie frustriert seien, sagt Huber. «Damit ist niemandem geholfen, weder den Lehrern noch den Schülern und auch nicht den Eltern. Vielmehr geht der Teufelskreis weiter.»

Der Lehrerberuf wird immer beliebter

Entwicklung der Studentenzahl an den pädagogischen Hochschulen



Bis zu 1600 Armeeangehörige im Einsatz

Ukraine-Konferenz in Lugano ist eine Herausforderung

ANDRI ROSTETTER

Für Lugano ist es eine Konferenz von historisch einmaligem Ausmass. Staatschefs und hochrangige Vertreter von rund 40 Ländern und 20 internationalen Organisationen werden am 4. und 5. Juli an der Ukraine Recovery Conference (URC2022) in der Stadt erwartet, dazu Hunderte von Medienschaffenden. Das allein macht die Konferenz zu einer sicherheitstechnischen Herausforderung.

Die starken internationalen Spannungen erhöhen die Anforderungen zusätzlich. Der Bundesrat hat deshalb an seiner Sitzung vom Freitag beschlossen, die Konferenz als ausserordentliches Ereignis einzustufen. Das bedeutet, dass der Bund sich an den Sicherheitskosten beteiligen kann, die dem betroffenen Kanton entstehen. Im Fall der URC2022, die von der Ukraine und der Schweiz gemeinsam ausgerichtet wird, hat der Bundesrat in Aussicht gestellt, 80 Prozent der Kosten zu übernehmen.

Einschränkung des Luftraums

«Die Gewährleistung der Sicherheit des Anlasses und von dessen Teilnehmenden macht ein umfangreiches Sicherheitsdispositiv mit polizeilichen Einsatzkräften von Bund und Kantonen sowie Angehörigen der Armee unabdingbar», schreibt der Bundesrat in einer Medienmitteilung. Die Schweiz sei verpflichtet, die Sicherheit von Personen zu gewährleisten, die nach dem Völkerrecht besonderen Schutz genossen.

Federführend bleibt die Tessiner Kantonspolizei. Diese wird in Zusammenarbeit mit den Behörden des Bundes – darunter die Bundespolizei, der Grenzschutz und der Nachrichtendienst – die Lage bis zur Konferenz laufend beurteilen und das Sicherheitsdispositiv anpassen.

Der Bundesrat hat den subsidiären Einsatz von maximal 1600 Armeeangehörigen sowie eine Einschränkung der Luftraumnutzung genehmigt. Diese soll maximal vom 1. bis 8. Juli gelten und sich auf die Region Lugano konzentrieren. Die Luftwaffe soll einen Luftpolizeidienst und eine verstärkte Überwachung des Luftraums sicherstellen.

Verzicht auf Weiterbildungen

Erste Kantone haben bereits auf die erhöhten Sicherheitsanforderungen in Lugano reagiert. Der Kanton Luzern gab am Freitag bekannt, dass er 22 kleinere Polizeiposten ab Montag, 13. Juni, bis längstens Ende August schliessen wird. Zudem wird im Korps vorübergehend auf Aus- und Weiterbildungen verzichtet.

Die Ukraine-Konferenz ist aber nicht der einzige Grund für diese Massnahme. Im Kanton würden in den kommenden Monaten diverse lokale und regionale Veranstaltungen stattfinden, welche die Polizei zusätzlich forderten, heisst es in einer Mitteilung vom Freitag.

Gleichzeitig müssten Luzerner Polizistinnen und Polizisten gemäss interkantonalen Vereinbarungen zum Schutz von internationalen Tagungen, darunter die WTO-Konferenz in Genf, die Ukraine-Konferenz oder der Zionistenkongress in Basel, eingesetzt werden.

Die URC2022 war ursprünglich als fünfte ukrainische Reformkonferenz geplant, in Fortsetzung der vier vorangegangenen Ausgaben in London (2017), Kopenhagen (2018), Toronto (2019) und Vilnius (2021). Vor dem Hintergrund des Krieges haben die Ukraine und die Schweiz die Prioritäten neu gesetzt. «Der Wiederaufbau der Ukraine soll in Lugano seinen Anfang nehmen», sagte Bundespräsident Ignazio Cassis am Weltwirtschaftsforum (WEF) Ende Mai in Davos. Am WEF zeichnete sich bereits ab, wie die Finanzierung des Wiederaufbaus aussehen könnte. Offenbar schwebt der ukrainischen Regierung ein Patentschaftssystem vor, bei dem jedes Land seine Hilfe auf ein Gebiet in der Ukraine fokussieren können soll. Definitiv zerschlagen haben sich die Hoffnungen, dass die Zusammenkunft zur Friedenskonferenz werden könnte: Vertreter aus Russland sind nicht dabei.